Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten

10 Jahre nach Rio
Johannesburg 2002

Wasser für Umwelt und Entwicklung

Sind wir auf dem Weg zu einem nachhaltigen Umgang mit Wasser? Eine Bilanz zehn Jahre nach der Rio-Konferenz

Brot für die Welt

Forum Umwelt & Entwicklung

Wasser für Umwelt und Entwicklung

Sind wir auf dem Weg zu einem nachhaltigen Umgang mit Wasser? Eine Bilanz zehn Jahre nach der Rio-Konferenz

Impressum

Autoren:
Michael Weber, Uwe Hoering

unter Mitarbeit von:
Michael Bender (Netzwerk UNSER Wasser)
Gerhard Nagl (BUND-Bundesarbeitskreis Wasser)
Danuta Sacher (Brot für die Welt)
Thomas König (Aktionsgruppe Babynahrung)
Dörte Bernhardt (GERMANWATCH)

Herausgeber:

Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: +49-(0)228-35 97 04
Fax: +49-(0)228-92 39 93 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Brot für die Welt
Stafflenbergstraße 76
70184 Stuttgart
Telefon: +49-(0)711-21 59 0
Fax: +49-(0)711-21 59 368/-515
E-mail: bfdwinformation@brot-fuer-die-welt.de
Internet: www.brot-fuer-die-welt.de

Verantwortlich:
Jürgen Maier

Layout:
Monika Brinkmöller

Herstellung:
Knotenpunkt GmbH, Buch

Bonn, August 2002

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Diese Publikation ist Teil der Kampagne „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten" der deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002.

Titelfoto: V. Saller

Inhalt

Vorwort: Wasser und Mensch – ein zukunftsfähiges Verhältnis? 4

1. Die Wasserkrise verschärft sich 5

2. Wasserpolitik zwischen Nachhaltigkeitsanforderungen und Wirtschaftsinteressen 8

2.1 Die deutsche Wasserpolitik 8
2.2 Die Wasserrahmenrichtlinie der EU – ein Schritt in die richtige Richtung 8
2.3 Internationale Wasserpolitik – Rio wird abgewickelt 9
2.3.1 Der Rio-Folgeprozess 9
2.3.2 Der Griff der Konzerne nach dem Wasser 10
2.3.3 Wasserpolitik im Interesse der Konzerne 11

3 Die Nachhaltigkeitsbilanz der Wasserpolitik 13

3.1 Die Kommerzialisierung des Umgangs mit Wasser 13
3.2 Die Entökologisierung des Umgangs mit Wasser 14
3.3 Die Entdemokratisierung des Umgangs mit Wasser 14

4 Nachhaltig handeln – mehr Ökologie, mehr Partizipation 15

5 Literaturhinweise und Websites zur Wasserpolitik 16

5.1 Literatur 16
5.2 Internet 16

Wasser und Mensch – ein zukunftsfähiges Verhältnis?

„Wo das Wasser endet, endet auch die Welt." Dieses Sprichwort aus Usbekistan bringt zum Ausdruck, dass für den Menschen eine Welt ohne Wasser unvorstellbar ist – unsere Erde ist der Blaue Planet. In unserem Umgang mit Wasser haben wir eine große Verantwortung gegenüber der Natur und der Menschheit. Jenseits des unmittelbaren Nutzens für uns müssen wir Wasser als gemeinsames Naturerbe ebenso wertschätzen wie als Lebensgrundlage der kommenden Generationen. Unsere Aufgabe ist es, sorgsam und schonend mit Wasser umzugehen und auf diesem Wege Sorge zu tragen für das Wohlergehen und die Zukunft menschlicher Kulturen.

Doch überall auf der Welt nehmen die Wasserkrisen zu – in den Ländern des Nordens wie in den Ländern des Südens, in industrialisierten wie in landwirtschaftlich geprägten Regionen, in wasserarmen wie in wasserreichen Gebieten. Aufgrund der existenziellen Bedeutung des Wassers für Natur und Mensch sind dies gleichermaßen Umwelt- wie Entwicklungskrisen. Sowohl das natürliche Gleichgewicht der Erde als auch das Wohlergehen der Menschheit ist in Gefahr. Es ist offensichtlich: Unseren Umgang mit Wasser können wir in dieser Form nicht auf Dauer aufrechterhalten, unser Verhältnis zum Wasser ist nicht zukunftsfähig.

Seit Rio gilt: Auch die internationale und nationale Wasserpolitik ist auf das Leitbild der Nachhaltigkeit auszurichten. Das Kapitel 18 der Agenda 21 widmet sich ausführlich dem Thema Schutz und Bewirtschaftung der Süßwasserressourcen. Dafür werden zahlreiche umwelt- wie entwicklungspolitische Ziele, Maßnahmen und Instrumente vorgeschlagen. Im Mittelpunkt stehen dabei neue, moderne Technologien und eine Verbesserung einheimischer Verfahrenstechniken. Allerdings werden keine Wege aufgezeigt, wie die unvermeidlichen Konflikte zwischen den einzelnen Umwelt- und Entwicklungszielen gelöst werden könnten oder nach welchen Kriterien entschieden werden sollte, wenn Maßnahmen miteinander unvereinbar sind.

Eine erfolgreiche Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzeptes hängt aber gerade davon ab, inwieweit es gelingt, bei Zielkonflikten einen Interessenausgleich zwischen Umweltbelangen und Nutzungsansprüchen an den Wasserhaushalt herbeizuführen. Wir laufen derzeit Gefahr, durch Überlastung der ökologischen Tragfähigkeit der Erde die Menschheit in eine ausweglose Lage zu bringen. Da Wasser nicht im Überfluss vorhanden ist, müssen wir unser Verlangen nach Wasser beschränken und die Nutzung des Wassers so umgestalten, dass gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr mit tiefgreifenden Schädigungen des natürlichen Wasserhaushalts und der aquatischen Ökosysteme verbunden ist.

Das Forum Umwelt & Entwicklung sieht im Hinblick auf eine nachhaltigkeitsorientierte Reformierung des Wassersektors noch keine nennenswerten Erfolge. Aus Sicht der Nichtregierungsorganisationen werden bei wasserpolitischen Zielkonflikten keineswegs Umweltverträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Einklang gebracht. Statt dem Nachhaltigkeitsprinzip dominieren in der nationalen und internationalen Wasserpolitik immer noch wirtschaftliche Profit- und Wachstumsinteressen.

Für den Menschen ist eine Welt ohne Wasser unvorstellbar ist – unsere Erde ist der Blaue Planet. Unsere Aufgabe ist es, sorgsam und schonend mit Wasser umzugehen und auf diesem Wege Sorge zu tragen für das Wohlergehen und die Zukunft menschlicher Kulturen.

1. Die Wasserkrise verschärft sich

Die ständig steigenden Nutzungsansprüche an den Wasserhaushalt sind weder umwelt- noch sozial verträglich. Sie sind im Wesentlichen auf die Ausweitung der Bewässerungslandwirtschaft, die beschleunigte Verstädterung, die rasch fortschreitende Industrialisierung und das Wachstum der Weltbevölkerung zurückzuführen. So hat sich die genutzte Wassermenge seit Beginn des 20. Jahrhunderts mehr als verzehnfacht. Die jetzige Wasserentnahme wird auf über 40 Prozent der erneuerbaren Weltwasserressourcen geschätzt. Der Bedarf der Bewässerungslandwirtschaft, der rund 70 Prozent des weltweiten Verbrauchs ausmacht, erhöht sich bis zum Jahr 2025 im Vergleich zu 1990 um voraussichtlich mehr als 50 Prozent, wenn der heutige Stand der Technik beibehalten wird.

Etwa 2,3 Milliarden Menschen leben in Gebieten, in denen weniger als 1.700 Kubikmeter erneuerbares Süßwasser pro Kopf und Jahr zur Verfügung stehen, im Jahr 2025 werden es vermutlich 3,5 Milliarden Menschen sein. Derzeit muss knapp ein Fünftel der Weltbevölkerung sogar mit weniger als 500 Kubikmetern auskommen, in zweieinhalb Jahrzehnten wird es voraussichtlich schon ein Viertel der Weltbevölkerung sein. Bereits jetzt übersteigen die Entnahmen mancherorts die natürliche Neubildung der Süßwasservorkommen, beispielsweise in einigen Ländern der arabischen Halbinsel und Nordafrikas. Über eine Milliarde Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Wasser. Etwa 2,4 Milliarden Menschen haben keine oder nur unzureichende sanitäre Einrichtungen. Eine mangelhafte Versorgung mit hygienisch unbedenklichem Wasser ist die Hauptursache für die hohen Krankheits- und Sterberaten in den Ländern des Südens. Häusliche und industrielle Abwässer verunreinigen unser Trinkwasser, dazu kommen schadstoffhaltige Sickerwässer von Äckern, Plantagen und Müllhalden. Durch mikrobielle Verschmutzungen, Nitrat- und Schwermetallbelastungen, Pestizid- und Arzneimittelrückstände wird das Lebensmittel Wasser zum Gesundheitsrisiko.

Immer häufiger kann der steigende Wasserbedarf von Bevölkerung, Landwirtschaft und Industrie nicht mehr aus den lokalen Wasservorkommen gedeckt werden, sodass ein konfliktreicher Wettstreit um die knappen Wasserressourcen zwischen den verschiedenen Nutzern entbrennt. So stellt sich bei der wasseraufwendigen Bewässerung für eine exportorientierte cash-crop-Produktion die Frage, ob diese nicht verringert werden könnte, um Wasserressourcen für den menschlichen Grundbedarf und eine regionale Ernährungssicherung freizumachen.

Wenn es nicht gelingt, den menschlichen Wasserbedarf in einem nachhaltigen Sinne zu begrenzen, werden sich die Verteilungskonflikte zwischen den verschiedenen Nutzergruppen weiter verschärfen. Bei grenzüberschreitenden Gewässern können zwischenstaatliche Streitigkeiten um

Die Süßwasserressourcen der Erde sind begrenzt

Wasser ist keine unerschöpfliche, sondern eine begrenzte Ressource. Auf der Erde gibt es zwar schätzungsweise 1,4 Milliarden Kubikkilometer Wasser, aber nur ungefähr 2,5 Prozent davon sind Süßwasser. Auf Dauer nutzbar ist jedoch nur der erneuerbare Anteil dieser Wasservorkommen, also die Süßwassermengen, die sich im globalen Wasserkreislauf durch Niederschläge stetig wieder neu bilden. Davon kann der Mensch wiederum nur einen begrenzten Anteil nutzen, weil ein Großteil der Niederschläge entweder in abgelegenen unbesiedelten Gebieten fällt oder rasch wieder dem Meer zufließt. Allenfalls eine Süßwassermenge von 9.000 bis 14.000 Kubikkilometern ist für menschliche Zwecke verfügbar. Das sind lediglich 0,001 Prozent der gesamten Wassermenge unserer Erde.
Rein rechnerisch stünden bei einer Weltbevölkerung von 6 Milliarden Menschen jedem von uns durchschnittlich etwa 2.300 Kubikmeter Süßwasser pro Jahr oder mehr als 6.000 Liter pro Tag zur Verfügung[1] – anscheinend genug. Erst bei weniger als 1.700 Kubikmetern pro Kopf und Jahr wird Wasser knapp. Bei weniger als 1.000 Kubikmetern schränkt Wassermangel die gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten erheblich ein. Die kritische Grenze ist bei weniger als 500 Kubikmetern erreicht.

[1] Zur Umrechnung: 1 Kubikkilometer entspricht 1 Milliarde Kubikmetern. 1 Kubikmeter sind 1.000 Liter.

Durstiger Orangensaft

Für die Erzeugung von einem Kilo Brot werden etwa 1.000 Liter, von einem Kilo Reis bis zu 2.000 Liter und von einem Kilo Rindfleisch sogar 5.000 Liter Wasser benötigt. Für einen Liter Orangensaft werden in Brasilien etwa 22 Liter Wasser verbraucht, in Florida, USA, dagegen müssen wegen der künstlichen Bewässerung etwa 1000 Liter aufgewendet werden. Für die Produktion eines Kilogramms Stahl werden bis zu 100 Liter Brauchwasser benötigt, für die Herstellung eines Autos etwa 200.000 Liter.

Für ein Industrieland hat Deutschland mit durchschnittlich 129 Litern pro Person und Tag, wovon lediglich 2 Liter getrunken werden, einen vergleichsweise niedrigen Wasserverbrauch. Zu den Spitzenreitern gehören die Einwohner Südkaliforniens mit einem täglichen Wasserkonsum von über 3.000 Litern. Dagegen stehen einem Sahel-Bewohner im Schnitt nur 30 Liter Wasser am Tag zum Trinken, Kochen und Waschen zur Verfügung, so viel, wie ein Bewohner Deutschlands tagtäglich allein für die Toilettenspülung verwendet.

Foto: Joachim Engler

Die Mittlere Elbe – Fluss oder Wasserstraße?

Als ehemaliger deutsch-deutscher Grenzfluss blieb die Elbe zumindest in ihrem mittleren Lauf von Ausbaumaßnahmen weitgehend verschont. Dort befindet sich das größte noch erhaltene Auenwaldgebiet Mitteleuropas, das als UNESCO-Biosphärenreservat unter Schutz gestellt wurde. Mehrere Studien belegen, dass ein Ausbau der Elbe zur Bundeswasserstraße weder aus ökologischer noch aus ökonomischer Sicht vertretbar ist. Obwohl zukunftsfähige Alternativen von Wissenschaftlern und Nichtregierungsorganisationen vorgeschlagen worden sind, werden die Pläne zu einem Elbausbau von Dresden über Magdeburg bis Hamburg nicht fallen gelassen.

die Mangelware Wasser zu Krisensituationen führen. So sind im israelisch-palästinensischen Konflikt Wasserfragen von zentraler Bedeutung.

Die übermäßige Beanspruchung des Wasserhaushalts hat meist irreparable Schädigungen der Gewässer und Feuchtgebiete zur Folge. Vielerorts trocknet die Landschaft aus, Grundwasservorräte schwinden, Quellen versiegen, Seen schrumpfen, Flüsse werden zu Rinnsalen, Landstriche verwüsten, Böden der Bewässerungsflächen versalzen. Das Umweltdesaster des austrocknenden Aralsees infolge überdimensionierter Bewässerungsprojekte ist nur ein Beispiel von vielen.

Ein weiteres Beispiel für die Ausbeutung von natürlichen Wasservorräten ist die Nutzung fossilen Grundwassers, das sich über viele Jahrtausende in tief liegenden Gesteinsschichten angereichert hat, aber wegen der fehlenden Neubildung keine erneuerbare Ressource darstellt. Im Südwesten der USA betreiben Farmer Raubbau an den einst riesigen Wasserbeständen des Ogallala-Speichers, um Getreide für den Export zu erzeugen. In Libyen wird Jahrtausende altes Sahara-Wasser für die Bewässerung von Wüstenland verwendet. Fossile Grundwasserreserven auszubeuten, ist ein Musterbeispiel für eine nicht-nachhaltige Wassernutzung.

Anstatt die Eingriffe in den Wasserhaushalt zu vermindern und naturschonend zu gestalten, werden weiterhin wasserbauliche Großprojekte geplant, ohne die ökologischen und sozialen Folgen angemessen zu berücksichtigen. Fast die Hälfte der Flüsse auf der Welt hat heute mindestens einen Großstaudamm, über 45.000 sind es weltweit. Darüber hinaus gibt es etwa 800.000 mittlere und kleine Staudämme. Großstaudämme tragen mit 19 Prozent zur globalen Stromproduktion bei. 30 bis 40 Prozent der landwirtschaftlichen Bewässerungsflächen werden mit Wasser aus Stauseen versorgt. Doch dem Nutzen von Staudammbauten stehen schwerwiegende soziale und ökologische Nachteile gegenüber. Zwischen 40 und 80 Millionen Menschen mussten bislang den Stauseen weichen. Jeder Staudamm führt zu einer weiteren Zerschneidung und Zerstückelung eines Flussökosystems,

Nahost: Kampf um's Wasser

Die große Abhängigkeit Palästinas wie Israels von den Wasservorkommen der Westbank birgt ein kaum lösbares Konfliktpotenzial. Die wichtigsten Grundwasservorkommen der Region liegen in der vorwiegend von Palästinensern bewohnten Westbank. Israel, das rund ein Viertel seines Bedarfs aus diesen Wasservorräten deckt, kontrolliert jedoch vollständig die Verteilung des Wassers und beansprucht 71 Prozent der erneuerbaren Wasserressourcen für sich. Die verbrauchte Trinkwassermenge beträgt für die Bewohner der Westbank weniger als 50 Liter pro Person und Tag, in Israel hingegen 230 Liter. Verteilungsgerechtigkeit für alle Wassernutzer ist eine unabdingbare Voraussetzung zur Lösung dieses Konflikts.

Es war einmal ein großer See ...

Bei dem wasserbaulichen Mega-Projekt im Einzugsgebiet des Aralsees verursachte die enorme Ausweitung der Bewässerungsflächen, vorrangig für den Anbau von Baumwolle, eine Verminderung des Zuflusses in den See um 94 Prozent, sodass sich das Wasservolumen um zwei Drittel verringerte, sich die Seefläche halbierte und 30.000 km² salzhaltigen Seebodens freigelegt wurden. Der Salzgehalt des Rest-Sees stieg von 12 auf 33 Prozent. In der Aralsee-Region sind nunmehr weder eine landwirtschaftliche noch fischereiliche Nutzung möglich. Weitere Folgen sind Klimaveränderungen, Bodendegradationen durch sturmbedingten Salztransport und gesundheitliche Schäden bei der Bevölkerung durch schlechte Wasserqualität.

dessen Struktur und Lebensvielfalt aber gerade von seinen vielfachen und komplexen Vernetzungen mit dem gesamten Flusseinzugsgebiet abhängig ist.

Hinzu kommen andere wasserbauliche Maßnahmen, wie die Begradigung von Flussläufen oder die Verbauung der Ufer, sodass es zum Beispiel in Deutschland keine natürlichen Flusslandschaften mehr gibt. Hier ist ein Großteil der Auen, also der natürlichen Überschwemmungsräume von Flüssen, durch den Menschen zerstört worden. Die wenigen zumindest noch naturnahen Flussauen Deutschlands sind stark gefährdet und stehen kurz vor der endgültigen Vernichtung. Auch von der einst etwa 500.000 Hektar großen Hochmoorfläche sind lediglich 30.000 Hektar übrig geblieben. Es wird geschätzt, dass im 20. Jahrhundert annähernd die Hälfte der weltweiten Feuchtgebiete vernichtet worden ist, meist um landwirtschaftliche Nutzfläche oder städtisches Siedlungsgebiet zu gewinnen.

Staat und Kommunen haben ihre Aufgaben, Wasser für alle zu sozial verträglichen Bedingungen bereitzustellen und für einen ausreichenden Schutz der Wasserressourcen zu sorgen, nicht immer erfüllt. Das trifft nicht nur auf die armen Länder des Südens zu, sondern ebenso auf die reichen Industrienationen. Neben Missmanagement und Korruption ist dies zumeist auf die fehlenden Finanzmittel der öffentlichen Haushalte zurückzuführen. Gegenwärtig betragen die wasserwirtschaftlichen Investitionen jährlich 70 bis 80 Milliarden US-Dollar. Den Hauptanteil bringen derzeit noch die Regierungen, Städte und Gemeinden auf, 12 Prozent kommen aus der Entwicklungszusammenarbeit und ein Viertel stammt aus privaten Quellen, vom Hausbesitzer bis zum multinationalen Wasserkonzern. In den Entwicklungsländern werden momentan zwei Drittel der Investitionen im Wassersektor für den Bau von Staudämmen und Bewässerungsprojekten ausgegeben, das andere Drittel für die Trinkwasserversorgung und sanitäre Einrichtungen. Aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen wird der Wasserpreis in vielen Ländern so niedrig gehalten, dass die Kosten der öffentlichen Hand nicht gedeckt sind. Die Kosten von Umweltschäden oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Bevölkerung infolge einer nicht-nachhaltigen Wassernutzung werden dabei nicht einmal erfasst.

Die Internationale Wasserdekade

Auf der Internationalen Wasserkonferenz der Vereinten Nationen, die 1977 im argentinischen Mar de Plata stattfand, wurde die Internationale Wasser-Dekade (1981-1990) ausgerufen. Durch Maßnahmen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene sollte die Zahl der Menschen, die unter Wassermangel leiden oder aufgrund verschmutzten Wassers in unhygienischen Verhältnissen leben, drastisch vermindert werden.

Das Ziel, den Versorgungsgrad in den Ländern des Südens auf 100 Prozent zu erhöhen, wurde nicht erreicht. Zwar erhielten nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in dieser Dekade 1,6 Milliarden Menschen Zugang zu sauberem Wasser, für 750 Millionen Menschen seien sanitäre Einrichtungen geschaffen worden. Da aber die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 800 Millionen Menschen zunahm, hatten 1990 immer noch über eine Milliarde Menschen keine sichere Wasserversorgung und rund 1,8 Milliarden Menschen keine ausreichenden sanitären Anlagen.

Das Pantanal: Zerstörung im großen Maßstab

Das größte Feuchtgebiet der Welt, das Pantanal, ist bedroht. Das in Brasilien, Bolivien und Paraguay gelegene Gebiet ist mit einer Fläche von 140.000 km² größer als Griechenland. Vor allem die Ausweitung des Soja- und Zuckerrohranbaus sowie der verstärkte Einsatz von künstlichem Dünger und Pestiziden führen zu großflächigen Zerstörungen.

Foto: ecotropia/livinglakes

2. Wasserpolitik zwischen Nachhaltigkeitsanforderungen und Wirtschaftsinteressen

2.1 Die deutsche Wasserpolitik

Die deutsche Wasserpolitik ist durchaus bemüht, das Leitbild der Nachhaltigkeit im Wassersektor umzusetzen. Dennoch gibt es trotz zahlreicher Handlungsansätze nur partielle Erfolge. So sind zwar die Umweltbelastungen infolge von Abwassereinleitungen erheblich verringert worden, aber immer noch sind viele Gewässer von einem guten hygienischen, ökologischen und chemischen Zustand weit entfernt. Eine weitere Verringerung der Schadstoffeinträge in Abwasserbehandlungsanlagen ist inzwischen eine ökonomische Notwendigkeit, da die erforderlichen Reinigungstechniken sehr aufwendig und teuer sind. Ein ungelöstes Problem stellen nach wie vor die Nährstoffemissionen aus der Landwirtschaft mit ihren fatalen Folgen für den Stoffhaushalt der Gewässer dar. Hinzu kommen ständig neue Umweltchemikalien, die die aquatischen Lebensgemeinschaften und die menschliche Gesundheit bedrohen. Als Beispiel seien die hormonell wirksamen Substanzen genannt. So kann Tributylzinn, das häufig als Biozid in Antifouling-Anstrichen von Schiffen verwendet wird, vermännlichende androgene Effekte bei Organismen hervorrufen.

In einem Industrieland wie Deutschland ist ein umfassender Wandel hin zu einem zukunftsfähigen Umgang mit Wasser nur schwer durchzusetzen, da der Nutzungsdruck auf den Wasserhaushalt enorm ist. Beispielsweise kann ein wirksamer Gewässerschutz oft nur durch eine hochtechnisierte und kostenintensive Abwasserreinigung gewährleistet werden, sodass die Grenzen der Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit nahezu erreicht sind. Die Einführung von Verfahren mit einem wesentlich geringeren Aufwand an Ressourcen und Kapital wäre nur möglich, wenn tiefgreifende Veränderungen in der Lebens- und Wirtschaftsweise erfolgen würden.

Eine große nachhaltigkeitspolitische Herausforderung in der deutschen Wasserwirtschaft ist die Integration von Qualitäts- und Quantitätsfragen auf der Ebene eines Flussgebiets, da dies vielfach mit der Einrichtung neuer Verwaltungsstrukturen und Arbeitsabläufe verbunden ist. Zudem müssen, um alle Nutzungsansprüche angemessen zu berücksichtigen, die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in die Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Deshalb wird unter anderem mehr Partizipation im Wassersektor angestrebt: „Weitere Verbesserungen und Erfolge lassen sich in vielen wasserwirtschaftlichen Bereichen nur noch durch eine breite öffentliche Beteiligung erzielen. Alle Betroffenen (Verbraucher, Landwirtschaft und Industrie) müssen eingebunden und ihr Interesse an wasserwirtschaftlichen Fragen geweckt werden“, meint das Umweltministerium.

2.2 Die Wasserrahmenrichtlinie der EU – ein Schritt in die richtige Richtung

Mit der im Dezember 2000 in Kraft getretenen EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) sind alle Mitgliedsstaaten auf einen zukunftsfähigen Umgang mit Wasser verpflich-

Deutsche Siedlungswasserwirtschaft in der Technisierungsfalle

Die technischen Fortschritte in der Abwasserentsorgung haben unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit in eine Sackgasse geführt. Schwemmkanalisation und Zentralkläranlagen, auf deren Ausbau wesentliche Erfolge des deutschen Gewässerschutzes beruhen, sind „end-of-pipe“-Technologien, die sich nicht in die natürlichen Wasser- und Stoffkreisläufe einfügen. So wird wertvoller Dünger mit dem Abwasser einfach weggeschwemmt. Zwar wird ein Teil mit großem Aufwand bei der Abwasserreinigung rückgewonnen, aber wegen der Schadstoffbelastung kann der Klärschlamm häufig nicht als Düngemittel verwendet werden. Angesichts der begrenzten abbaubaren Vorkommen an anorganischem Phosphor- und Kalidünger ist allerdings die nachhaltige Nutzung dieser Nährstoffe dringend geboten. Jedoch scheinen alternative Sanitärkonzepte, die solche linearen Stoffströme vermeiden, in Deutschland wegen vielfältiger gesellschaftlicher Widerstände nicht durchsetzbar zu sein.

Foto: Gelsenwasser

Die technischen Fortschritte in der Abwasserentsorgung haben unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit in eine Sackgasse geführt.

tet worden. Ein Zweck dieser Richtlinie ist unter anderem die Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung auf der Grundlage eines langfristigen Schutzes der vorhandenen Ressourcen. Sie enthält neuartige Ansätze und Prinzipien im Sinne des Nachhaltigkeitskonzeptes. Hierzu gehören:

- Der gute ökologische Gesamtzustand der Gewässer wird zum übergeordneten Schutzziel erklärt.
- Die Planung und Durchführung von wasserrelevanten Maßnahmen soll auf der Grundlage von Flusseinzugsgebieten erfolgen.
- Die Bürger sollen in allen Planungsstadien beteiligt werden.
- Gefährliche Stoffe sollen nicht mehr in die Umwelt gelangen.
- Für Wasserdienstleistungen soll das Kostendeckungsprinzip gelten. Wasserpreise sollen unter Beachtung sozialer Belange nicht nur die ökonomischen, sondern auch die ökologischen Kosten widerspiegeln.
- Die Grundwasservorkommen sollen vor jeder Art von Übernutzung geschützt werden.

Insofern bietet die Richtlinie eine gute Rechts- und Handlungsgrundlage für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Ob die EU-Normen aber zukünftig von allen Mitgliedsstaaten erfüllt und die Nachhaltigkeitsziele tatsächlich erreicht werden, bleibt abzuwarten. Diesbezüglich sind auch in der deutschen Wasserwirtschaft erhebliche Änderungen zu erwarten, vor allem im Hinblick auf die Umsetzung einer grenzüberschreitenden, integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen und Gewässer in Flusseinzugsgebieten. Bis Ende 2003 sollen die Bundesländer ihre Wassergesetze an die europäischen Regelungen angepasst haben.

2.3 Internationale Wasserpolitik – Rio wird abgewickelt

2.3.1 Der Rio-Folgeprozess

Seit der Rio-Konferenz ist das Leitbild der Nachhaltigkeit unumstritten in der internationalen Wasserpolitik. Es besteht ein Grundkonsens, dass es die Aufgabe einer zukunftsfähigen Wasserwirtschaft ist, dafür zu sorgen, dass die aquatische Umwelt dauerhaft erhalten bleibt und dadurch den kommenden Generationen ebenfalls ausreichend Wasser in guter Qualität zur Verfügung steht. Mit dem Erdgipfel von Rio ist auch im Wassersektor eine weltweite Diskussion über Nachhaltigkeitskonzepte angestoßen worden.

Der Rio-Konferenz folgten in den vergangenen zehn Jahren verschiedene wasserpolitische Initiativen, das Konzept der Nachhaltigkeit im Umgang mit Wasser auf internationaler, nationaler sowie lokaler Ebene umzusetzen. Doch sind die meisten Bemühungen bereits bei dem Schritt, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung für den Wassersektor zu präzisieren und zu operationalisieren, stehen geblieben. Wiederholt wurden Prinzipien für eine zukunftsfähige Wassernutzung aufgestellt und die wasserwirtschaftlichen Nachhaltigkeitsziele neu bestimmt und konkretisiert. Während es an Planungen und Programmen zur Bewältigung der globalen Wasserkrise nicht mangelt, ist nachhaltiges Handeln mehr oder weniger ausgeblieben.

Beispielhaft hierfür ist die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD), die auf der Rio-Konferenz eingesetzt wurde, um den Folgeprozess zu unterstützen und

Die Prinzipien von Dublin

Bei der Internationalen Konferenz Wasser und Umwelt (ICWE) 1992 in Dublin erkennen die Vertreter von mehr als 100 Staaten erstmals die nachhaltige Entwicklung als Leitbild der Weltwasserpolitik an. Die Handlungsempfehlungen von Dublin zur Beendigung der Übernutzung und Verschmutzung von Wasserressourcen basieren auf vier Prinzipien:

1. *Süßwasser ist eine begrenzte und schutzbedürftige Ressource, unentbehrlich für Leben, Entwicklung und Umwelt.*
2. *Wassererschließung und -management sollen auf einem partizipatorischen Ansatz basieren, der Nutzer, Planer und politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen einbezieht.*
3. *Frauen spielen eine zentrale Rolle bei der Versorgung mit Wasser, seinem Management und Schutz.*
4. *Wasser sollte als „Wirtschaftsgut" behandelt werden, ohne das Recht auf Zugang zu Wasser zu beeinträchtigen.*

Diese „Prinzipien von Dublin" und die darauf basierenden Vorschläge für ein Aktionsprogramm dienten als Grundlage für das Wasserkapitel der Agenda 21 von Rio. Die ökologischen und soziokulturellen Zielsetzungen werden ausdrücklich mit dem ökonomischen Grundsatz verknüpft, Wasserressourcen wie ein Wirtschaftsgut zu verwalten. Dahinter steht die Auffassung, dass die gesellschaftliche Vorstellung von Wasser als einem öffentlichen Gut und die damit einhergehende Missachtung des wirtschaftlichen Wertes von Wasser zu Verschwendung und umweltschädigenden Nutzungsweisen geführt habe. Hieraus leitet sich nicht nur die Forderung nach kostendeckenden Wasserpreisen ab. Die Argumentation, dass allein marktregulierte Wasserpreise eine sparsame und effiziente Wassernutzung begünstigen, ebnet der Forderung nach Privatisierung und Liberalisierung den Weg.

Foto: visipix/Wettenschwyler

Während nationale Anstrengungen, die sich auf einzelne Umweltziele konzentrieren, durchaus zu Verbesserungen des ökologischen Zustandes von Gewässern und Feuchtgebieten führten, wurden die komplexen und weitaus umfassenderen Nachhaltigkeitsziele bislang kaum erreicht.

insbesondere die nationale und internationale Umsetzung der Agenda 21 zu überwachen. In ihrer 6. Sitzung 1998 stellte sie fest: „Seit 1992 sind deutliche Verbesserungen der Wasserqualität eingetreten (…) wo großer Handlungsdruck ausgeübt wurde. Jedoch insgesamt sind die Fortschritte weder ausreichend noch umfassend genug gewesen, um den generellen Trend von zunehmenden Wasserknappheiten, einer sich verschlechternden Wasserqualität und einer wachsenden Belastung der Gewässerökosysteme und des natürlichen Wasserkreislaufes zu vermindern."

Während nationale Anstrengungen, die sich auf einzelne Umweltziele konzentrieren, durchaus zu Verbesserungen des ökologischen Zustandes von Gewässern und Feuchtgebieten führten, wurden die komplexen und weitaus umfassenderen Nachhaltigkeitsziele bislang kaum erreicht. 2001 beklagt die CSD erneut, dass „trotz zahlreicher bedeutender internationaler Wasserkonferenzen die Implementierung einer integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen weder in den Industrie- noch in den Entwicklungsländern umfassend gelungen ist. Wasserwirtschaftliche Probleme werden immer noch auf der Basis unvollständiger sektoraler Ansätze behandelt." Das Umsetzungsdefizit leidet sowohl darunter, dass ein integrierter Ansatz als auch der politische Wille fehlt, um ökologische, ökonomische und soziokulturelle Belange zu vereinen.

2.3.2 Der Griff der Konzerne nach dem Wasser

Steigender Wasserbedarf und der wachsende Aufwand an Kapital und Technik für den Ausbau und die Instandhaltung der Wasserinfrastruktur übersteigen vielerorts die finanzielle Kapazität von Regierungen und Kommunalverwaltungen. Um bis zum Jahr 2015 weltweit eine flächendeckende Wasserver- und Abwasserentsorgung zu ermöglichen, müssten nach Schätzungen der Weltbank die wasserwirtschaftlichen Aufwendungen verdoppelt werden, das bedeutet jedes Jahr einen zusätzlichen Investitionsbedarf von 70 Milliarden US-Dollar. Selbst in einem reichen Land wie Deutschland drohen die Instandhaltungskosten für das Ver- und Entsorgungsnetz von zirka 350 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren die öffentlichen Kassen zu überfordern.

Wässrige Nachhaltigkeitsziele

Im Wasserkapitel der Agenda 21 wird die globale Wasserkrise gleichermaßen als eine Gefährdung der natürlichen Umwelt wie als Problem der Menschheitsentwicklung angesehen. Die übergeordnete Zielsetzung ist entsprechend des Nachhaltigkeitsansatzes, dass Umwelt- und Entwicklungsprobleme nur zusammenhängend gelöst werden können, formuliert: „Oberstes Ziel ist die gesicherte Bereitstellung von Wasser in angemessener Menge und guter Qualität für die gesamte Weltbevölkerung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der hydrologischen, biologischen und chemischen Funktionen der Ökosysteme, Anpassung der Aktivitäten des Menschen an die Belastungsgrenzen der Natur und Bekämpfung der Vektoren wasserinduzierter Krankheiten."

Es wird betont, dass nachhaltige Lösungen eine integrierte Planung und Bewirtschaftung der Wasserressourcen erfordern. Hierbei müssten alle Arten von untereinander in Verbindung stehenden Gewässern unter Mengen- wie Güteaspekten berücksichtigt werden. Des Weiteren müsse der sektorübergreifende Charakter der Wasserwirtschaft im Gesamtzusammenhang der sozioökonomischen Entwicklung und die unterschiedlichen Interessen dienende Nutzung der Gewässer beachtet werden. Bei der Nutzung grenzüberschreitender Süßwasservorkommen sollten Übereinkünfte, die eine internationale Zusammenarbeit regeln, den Interessen aller betroffenen Anliegerstaaten gerecht werden. Für die folgenden Aufgabenbereiche werden zahlreiche Ziele, Maßnahmen und Instrumente vorgeschlagen: integrierte Planung und Bewirtschaftung der Wasserressourcen; Abschätzung des Wasserdargebotes; Schutz der Wasserressourcen, der Gewässergüte und der aquatischen Ökosysteme; Trinkwasserversorgung und Sanitärmaßnahmen; Wasser und nachhaltige städtische Entwicklung; Wassernutzung für eine nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung und ländliche Entwicklung; Auswirkungen von Klimaänderungen auf die Wasserressourcen.

Die Vielzahl der vorgeschlagenen Nachhaltigkeitsziele und Handlungsempfehlungen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Kapitel 18 der Agenda 21 noch kein schlüssiges Konzept zur Bewältigung der globalen Wasserkrise bereithält.

Die staatliche Finanzschwäche einerseits und der extrem hohe Handlungsbedarf, bedingt durch die globale Wasserkrise, andererseits gibt den transnationalen Wasserkonzernen die Chance, nunmehr den Wassermarkt zu erobern. Der hohe Investitionsbedarf für Instandsetzung und Ausbau der Versorgung eröffnet Investitionsmöglichkeiten, von Gesundheitsgefahren durch unsauberes Trinkwasser profitiert der Mineralwasserabsatz, ein knappes Gut lädt zu Spekulation und grenzüberschreitendem Handel aus wasserreichen in wasserarme Gebiete ein – vorausgesetzt, es besteht eine zahlungskräftige Nachfrage. Längst ist daher das Wasser als das „Erdöl des 21. Jahrhunderts" ins Visier der transnationalen Versorgungskonzerne geraten.

Neben der finanziellen Entlastung der häufig überschuldeten Staats- und Kommunalhaushalte wird von dem privatwirtschaftlichen Engagement auch ein kostengünstigeres und effizienteres wasserwirtschaftliches Management erhofft. Die Beteiligung privaten Kapitals im Wassersektor wird unterstützt durch die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die bilaterale Entwicklungspolitik, einschließlich der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Der Staat soll sich darauf beschränken, die Rahmenbedingungen für die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit zu verbessern.

Vor allem die weltweit operierenden Wasserkonzerne profitieren von dieser Privatisierungspolitik. Die größten Gewinnen verheißen die bald 600 Millionenstädte in den ärmeren Ländern der Welt. Hier werden in 20 Jahren voraussichtlich mehr als zwei Drittel der Menschen leben. Der große infrastrukturelle Nachholbedarf in diesen Städten sowie der hiermit verbundene Handlungsdruck belebt das Geschäft mit dem Durst.

2.3.3 Wasserpolitik im Interesse der Konzerne

Unter maßgeblicher Beteiligung der Privatwirtschaft und der Weltbank wurden in den neunziger Jahren zahlreiche supranationale Institutionen und Verbände gegründet, die wichtige Foren für die Formulierung und Durchsetzung einer globalen Wasserpolitik sind: Der World Water Council (WWC) wurde 1996 gegründet. Die Mitglieder gehören Regierungen, internationalen Organisationen und dem privaten Sektor an. Der WWC veranstaltet das World Water Forum, das zuletzt im März 2000 in Den Haag stattfand und auf dem die Grundlinien einer „Weltwasserpolitik" verabschiedet wurden.

Fotos: Hochtief

Die Global Water Partnership (GWP) wurde ebenfalls 1996 als „aktionsorientiertes Netzwerk" von Organisationen im Wassersektor gegründet. Die Mitglieder stimmen weit gehend mit denen des Weltwasserrates überein. Zusätzlich sind jedoch auch Nichtregierungsorganisationen in diesem Gremium vertreten.

Die Weltkommission zu Staudämmen (WCD)

Die Ziele der Agenda 21 sind nur zu verwirklichen, wenn die zwischen den einzelnen Nachhaltigkeitszielen bestehenden Widersprüche gelöst werden. Deshalb sollten standardisierte, national wie international verbindliche Verfahren erarbeitet werden, über die ein Interessenausgleich zwischen Umwelt, Wirtschaft und Gemeinwohl erreicht werden kann. Ein Versuch dafür war die Weltkommission zu Staudämmen mit Vertretern der Regierungen, der Weltbank, von umwelt- und entwicklungspolitischen NGOs und der Industrie.

In ihrem Bericht „Staudämme und Entwicklung: Ein neuer Rahmen zur Entscheidungsfindung" vom November 2000 bestätigt die Kommission, dass Großstaudämme nicht nur schwere soziale und ökologische Schäden verursacht haben, sondern auch wirtschaftlich oft nur begrenzt sinnvoll waren. Darüber hinaus werden Kriterien und Richtlinien für Planung, Begutachtung, Bau und Betrieb sowie für die Überwachung beziehungsweise Stilllegung von Großstaudämmen entwickelt, die projektbezogen sind und damit eine große Praxisrelevanz aufweisen. Für einen erfolgreichen Nachhaltigkeitsprozess sind solche einheitlich festgelegten Entscheidungsrahmen für die Bewertung von Alternativen und die Prioritätensetzung bei Zielkonflikten von großer Bedeutung.

Das Manko: Viele Regierungen, insbesondere von Ländern mit großen Staudammprojekten wie Indien (Narmada) und China (Drei-Schluchten), aber auch die Weltbank sind nicht bereit, diese Empfehlungen umzusetzen.

Foto: iisd

Die Internationale Süsswasser-Konferenz in Bonn

Mit der Internationalen Süsswasser-Konferenz, die im Dezember 2001 in Bonn unter dem Motto „Wasser – ein Schlüssel für nachhaltige Entwicklung" stattfand, beabsichtigte die Bundesregierung bzw. BMU und BMZ, für den Weltgipfel in Johannesburg auf der Grundlage einer Diskussion aller „stakeholder" im Wassersektor Empfehlungen für die Lösung der Wasserkrise vorzulegen. Dafür wurden fünf Schlüsselfaktoren benannt: Befriedigung des Wasserbedarfs der Armen, Dezentralisierung und lokale Eigenverantwortlichkeit, neue Partnerschaften, Kooperation innerhalb von Gewässereinzugsgebieten sowie verstärktes und verbessertes staatliches Handeln.

Unter den zahlreichen Ergebnissen sind u.a. hervorzuheben:

- *Eine unabhängige Überprüfung der bisherigen Erfahrungen mit der Beteiligung der Privatwirtschaft im Wassersektor,*
- *Die Aufforderung an die bilateralen Geber und internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die Liberalisierung nicht länger zur Vorbedingung für Kredite im Wassersektor zu machen,*
- *Die Betonung, dass Wasser sowohl ein wirtschaftliches als auch ein soziales Gut ist,*
- *Der Wille die Korruption im Wassersektor zu bekämpfen, u.a. durch die optimale Einbindung der Öffentlickeit in die Entscheidungsprozesse (Transparenz).*

Die Ergebnisse von Bonn sind allerdings für Regierungen nicht bindend. Der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg muss mit verbindlichen Zeit- und Finanzierungsplänen die Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzeptes im Wassersektor vorantreiben.

Global Players

Die drei führenden Global Players im Wassersektor sind die beiden französischen Unternehmen Vivendi und Suez/Ondeo, die jeweils über 100 Millionen Menschen mit Wasser versorgen, und der deutsche Versorgungskonzern RWE, der vor zwei Jahren den britischen Versorger Thames Water mit über 40 Millionen Kunden weltweit übernahm. Die Gewinne aus dem globalen Wassergeschäft betragen je Unternehmen weit mehr als eine Milliarde US-Dollar. Auch die Gewinnperspektiven sind vielversprechend. Vivendi erwartet, dass in Lateinamerika der private Marktanteil auf 60 Prozent, in Westeuropa und Afrika auf bis zu 35 Prozent und in den USA und Asien auf immerhin ungefähr 20 Prozent steigen wird. Der deutsche Wassermarkt ist zwar mit 17 Milliarden Euro Gesamtumsatz der größte in Europa, aber mit annähernd 7.000 überwiegend kommunalen Wasserversorgern sehr stark zergliedert und somit wenig attraktiv für die Global Players. Privatisierungsbefürworter fordern deshalb den Zusammenschluss der kleineren Ver- und Entsorgungsbetriebe zu größeren Einheiten. Schon jetzt verteilen die 140 größten Wasseranbieter über 50 Prozent des Trinkwassers, sodass das Marktpotenzial auch in Deutschland wächst.

Die World Commission on Water (WCW) wurde 1998 vom Weltwasserrat ins Leben gerufen. Die Kommission besteht aus 21 Persönlichkeiten, von denen viele nach Einschätzung der internationalen Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes, PSI, „deutlich einer Förderung der multinationalen Wasserversorger zuneigen". Die WCW hat die so genannte „World Water Vision 2020" erarbeitet.

Privatisierung und Liberalisierung im Wassersektor werden auch noch an anderer Stelle vorangetrieben. Die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) zum Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) haben eine weltweite Deregulierung des Dienstleistungssektors zum Ziel. Wasser ist nach WTO-Definition ein Wirtschaftsgut wie andere kommerzielle Güter auch und ist damit Gegenstand der laufenden GATS-Verhandlungen. Beabsichtigt ist, Exportkontrollen selbst aus Umweltschutzgründen nicht mehr zuzulassen und den grenzüberschreitenden Handel mit Wasser nahezu unkontrolliert zu entfalten. Zudem müssten die WTO-Mitgliedsländer ihre Märkte für die ausländischen Wasserunternehmen öffnen. Regulierungsmöglichkeiten zugunsten des Ressourcen- oder Verbraucherschutzes wären praktisch nicht mehr gegeben. Ähnliche Bestrebungen bestehen in der Europäischen Union, wo im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt freie Wettbewerbsbedingungen für so genannte Umweltdienstleistungen hergestellt werden sollen.

3. Die Nachhaltigkeitsbilanz der Wasserpolitik

Seit der Rio-Konferenz hat sich das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auch in der Wasserpolitik als übergeordnete Zielsetzung etabliert. Die Staatengemeinschaft wie auch die einzelnen Länder haben die ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Nachhaltigkeitsziele wiederholt für den Wassersektor formuliert und ihre Absicht, einen nachhaltigen Umgang mit Wasser anzustreben, mehrfach bekräftigt. Den unzähligen Abschlussdokumenten, Vereinbarungen, Absichtserklärungen und Handlungsempfehlungen, die aus den wasserpolitischen Bemühungen zur Bewältigung der globalen Wasserkrise hervorgegangen sind, folgten aber keine Taten, die eine grundlegende Wende im Umgang mit Wasser eingeleitet hätten.
Die Neuorientierung in der Wasserpolitik beschränkt sich auf die Formulierung von Leitsätzen und Leitprinzipien der Nachhaltigkeit, von Managementregeln und Eckpfeilern für eine nachhaltige Entwicklung, von Nachhaltigkeitszielen und Nachhaltigkeitsindikatoren und vielem dergleichen mehr. Auch wenn dies zunächst nach einem vielversprechenden Neubeginn aussieht, droht der gesamte Nachhaltigkeitsprozess bereits in seiner Orientierungsphase stecken zu bleiben. Es ist der Staatengemeinschaft nicht gelungen, den ökologischen und soziokulturellen Zielen mehr Gewicht beim Umgang mit Wasser zu verleihen. Da die Interessenkonflikte zwischen Umweltschutz und Gemeinwohl einerseits und Profitstreben andererseits nach wie vor bestehen, fehlen immer noch praktikable Umsetzungsstrategien für eine nachhaltigkeitsorientierte Reformierung des Wassersektors.
Im Gegenteil: Weltweit zeichnet sich die Tendenz ab, den Wassersektor noch stärker an ökonomischen Zielen auszurichten. Die Trends zur Kommerzialisierung und damit zusammenhängend zur forcierten Entökologisierung und Entdemokratisierung des Umgangs mit Wasser bringen uns immer weiter vom Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung ab. Ein am Gemeinwohl orientierter Ausgleich von Umweltbelangen und Entwicklungsinteressen, wie auf der Rio-Konferenz gefordert, rückt damit in weite Ferne.

3.1 Die Kommerzialisierung des Umgangs mit Wasser

Im Kontext der neoliberalen Globalisierung wird die Weltwasserkrise von transnationalen Konzernen ausgenutzt, um sich ein gewinnträchtiges Geschäftsfeld zu erschließen. Zur Durchsetzung von Profit- und Wachstumsinteressen werden die Wasserprobleme auf die Frage verkürzt, wie der weltweit steigende Bedarf an Wasserversorgung und Abwasserentsorgung durch Einsatz von Kapital und Technik gedeckt werden kann. Die Renditeorientierung und Expansionswünsche der Wasserkonzerne treibt den Prozess einer Kapitalisierung und Technisierung im Wassersektor voran, da sich nur so lohnenswerte Spekulations- und Handelsgewinne erwirtschaften lassen. Deshalb wird die Privatwirtschaft bei wasserrelevanten Entscheidungen immer wieder darauf drängen, dass Projekte bevorzugt werden, die mit einem hohen Kapital- und Ressourcenaufwand verbunden sind. Das Interesse privater Kapitalgeber und der Anbieter von Wassertechnologien an der Ausweitung einer industriell-technokratischen Wassernutzung verstärkt letztendlich einen kosten- und materialintensiven, also nicht zukunftsfähigen Umgang mit Wasser. Verlierer dieser Entwicklung sind die Natur und die Armen. Verlierer werden langfristig gesehen auch die kommenden Generationen sein.

Die Kommerzialisierung des Umgangs mit Wasser bedeutet, dass in allen Wasserfragen, gleichgültig ob Belange des Wasser- und Gewässerschutzes oder der Sozialverträglichkeit berührt werden, stets zugunsten ökonomischer Interessen entschieden wird. Der Wassersektor wird wie nahezu alle Bereiche gesellschaftlichen Handelns dem Primat der Ökonomie unterstellt, während ökologische und soziokulturelle Auswirkungen allenfalls dann eine Rolle spielen, wenn sie kurzfristig die Profitaussichten schmälern. Nachhaltigkeitsziele wie der Erhalt von Gewässern und Feuchtgebieten oder eine ressourcenschonende und soziokulturell angepasste Form der Wassernutzung sind kaum noch gegen die kommerziellen Interessen durchsetzbar.

Der hohe Kapital- und Technologiebedarf für den Aufbau beziehungsweise für die Instandhaltung einer Wasserinfrastruktur vergrößert die wirtschaftliche Abhängigkeit

Wassergeschäfte à la Nestlé

Der Nahrungsmittelkonzern Nestlé erwirbt derzeit überall auf der Welt Wasserentnahmerechte, um in Flaschen abgefülltes Wasser in Gebieten mit großer Nachfrage gewinnbringend zu verkaufen. In vielen Ländern Asiens und Afrikas ist das Nestlé-Produkt „Pure Life" marktbeherrschend. Durch den flächendeckenden Verkauf von Flaschenwasser wird allerdings auch die Errichtung einer öffentlichen Versorgungsinfrastruktur, die durch Eigenleistungen der örtlichen Bevölkerung entsprechend kostengünstig und bedarfsgerecht erstellt werden könnte, verhindert. Mit diesem Versorgungs- und Verkaufsmonopol geraten die Bewohner wasserarmer Regionen in eine fatale Abhängigkeit von der Unternehmensstrategie. Da in armen Regionen die Wasserhygiene ein großes Problem darstellt, bietet der Konzern zudem ein so genanntes „Babywasser" an, speziell für die Zubereitung von Säuglingsnahrung. Die Wassernot armer Bevölkerungsgruppen wird also auch noch für die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten ausgenutzt.

Wenig Partizipation, großer Profit

Eklatantes Beispiel für die Folgen solcher Demokratiedefizite ist der „Wasserkrieg" in Cochabamba, der drittgrößten Stadt Boliviens. Dort hatte ein internationales Konsortium unter der Führung des US-amerikanischen Baukonzerns Bechtel im Jahr 1999 die Wasserver- und Abwasserentsorgung übernommen. Für die Finanzierung eines wasserbaulichen Großprojektes, bestehend aus einem Staudamm, Wasserkraftwerk und Wassertunnel in das Tal von Cochabamba, sowie des vertraglich garantierten Profits von 15 Prozent für Bechtel sollte die Stadtbevölkerung durch eine Erhöhung der Wassergebühren um bis zu 200 Prozent aufkommen. Die plötzlichen Preissteigerungen ohne eine ersichtliche Verbesserung des Leistungsangebotes lösten starke Proteste aus. Angesichts des landesweiten Widerstandes verhängte der Präsident Boliviens den Notstand und setzte Militär ein. Schliesslich musste die Privatisierungentscheidung zurückgenommen werden. Bei einem Generalstreik im April 2000 wurde ein Jugendlicher von Soldaten erschossen, Hunderte wurden verletzt und viele Aktivisten verhaftet.

Selbst in Ländern mit einer gefestigten Demokratie ist die Partizipation der lokalen Bevölkerung oft unzureichend. So sind in Deutschland nach der Wiedervereinigung aus Profitgründen viele Kläranlagen in den neuen Bundesländern überdimensioniert worden. Dies wäre bei einer stärkeren Beteiligung und Mitsprache der Bürger und Bürgerinnen, die nun die unangemessen hohen Abwassergebühren zu zahlen haben, kaum durchsetzbar gewesen.

.

Ebro-Wasser für Touristen

Die spanische Regierung beabsichtigt, der Wasserknappheit im Süden des Landes zu begegnen, indem sie dem wasserreichsten Fluss Spaniens, dem Ebro, große Wassermengen entzieht und diese durch ein Kanalsystem über Hunderte von Kilometern bis in den äußersten Süden leitet. Die Ferienindustrie an der Mittelmeerküste inklusive der Regionen Katalonien, Valencia und Murcia soll künftig ihr Wasser überwiegend aus dem Ebro beziehen. Durch dieses 20-Milliarden-Euro-Projekt wird unter anderem das ökologische Gleichgewicht im Ebro-Delta gefährdet.

ärmerer Länder und Bevölkerungsgruppen. Kostengünstige, dezentrale, basisnahe und kulturhistorisch bewährte Lösungen für lokale Wasserprobleme werden hierdurch unterbunden. Die Probleme von Süßwasserverknappung und -verschmutzung, insbesondere den Wassernotstand der Armen, werden private Wasserkonzerne nicht lösen. Hierzu ist ein kooperatives und koordiniertes Handeln aller Menschen erforderlich, das weitaus mehr Engagement erfordert, als das Profitmotiv einzelner Unternehmen hergibt.

3.2 Die Entökologisierung des Umgangs mit Wasser

Da mit der fortschreitenden Kommerzialisierung zunehmend industriell-technokratisch geprägte Nutzungsformen im Wassersektor durchgesetzt werden, nimmt auch das Ausmaß menschlicher Eingriffe in den natürlichen Wasserhaushalt beträchtlich zu. Die Belastungsgrenzen der aquatischen Umwelt werden immer häufiger missachtet. Anstatt die Nutzungsansprüche an den Wasserhaushalt einer Landschaft zu begrenzen und den Wassergebrauch im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu optimieren, werden oftmals die natürlichen Verhältnisse rigoros umgestaltet. Dieser Trend zur Entökologisierung des Umgangs mit Wasser gefährdet die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Für ein kurzfristiges wirtschaftliches Wachstum muss ein hoher ökologischer Preis gezahlt werden, der vorwiegend von den zukünftigen Generationen zu tragen ist. Der Einsatz von Kapital und Technik kann die Leistungen des natürlichen Wasserhaushaltes nicht ersetzen. Dennoch werden entgegen allen Bekenntnissen zum Leitbild der Nachhaltigkeit immer wieder gigantische Wasserprojekte geplant, deren ökologische Risiken unübersehbar sind.

3.3 Die Entdemokratisierung des Umgangs mit Wasser

Mit der Privatisierung und Liberalisierung in der Wasserwirtschaft ist ein Prozess der Entdemokratisierung im Umgang mit Wasser verbunden. Die Bewirtschaftung der gemeinsamen Wasserressourcen wird immer seltener als eine öffentliche Aufgabe wahrgenommen. Je mehr die Kollektivaufgabe der Daseinsvorsorge dem privaten Unternehmertum überlassen wird, desto stärker verliert die Gemeinwohlorientierung gegenüber dem privatwirtschaftlichen Eigennutzstreben an Gewicht. Die eigentlich gemeinschaftlich und vor Ort zu treffenden Entscheidungen verlagern sich immer mehr in die Führungsetagen transnationaler Wasserkonzerne, wo nicht das Allgemeinwohl sondern höchstmögliche Renditen ausschlaggebend sind. Infolgedessen werden demokratische Entscheidungsprozesse unterlaufen. Eine Partizipation der betroffenen Gesellschaftsgruppen ist so gut wie unmöglich, die Entscheidungsfindung kann von der Öffentlichkeit nicht mehr nachvollzogen werden. Gender-Fragen bleiben bei wasserpolitischen Entscheidungen nach wie vor unberücksichtigt. Diese Entwicklung verstößt gegen das Partizipationsprinzip, wie es im Kapitel 18 der Agenda 21 festgeschrieben worden ist.

4. Nachhaltig handeln – mehr Ökologie, mehr Partizipation

Angesichts dieser schlechten und sich derzeit weiter verschlechternden Nachhaltigkeitsbilanz der internationalen Wasserpolitik ist ein grundlegender Wandel unserer Lebens- und Wirtschaftsweise vonnöten. Den wortreich und wiederholt bekundeten Bekenntnissen zum Leitbild der Nachhaltigkeit müssen endlich Maßnahmen folgen, die das gesellschaftliche Handeln in Richtung Zukunftsfähigkeit umlenken. Die Staatengemeinschaft muss unverzüglich eine Trendwende im Umgang mit Wasser einleiten, eine Trendwende hin zu weniger Kommerz und hin zu mehr Ökologie und mehr Partizipation. Dies setzt voraus, dass das Primat der Ökonomie durch das Primat der Politik abgelöst wird. Den neoliberalen Bestrebungen, Wassermärkte zu deregulieren und damit die Gewinnaussichten für die Global Player unter den Wasserkonzernen zu erhöhen, muss eine staatliche und international abgestimmte Politik zugunsten einer umweltschonenden und sozial gerechten Bewirtschaftung der Süßwasserressourcen entgegenstehen. Insbesondere die reichen Länder des Nordens müssen ihre industriell-technokratisch geprägte und kapitalintensive Art der Wassernutzung grundlegend reformieren. Angestrebt werden sollte ein naturräumlich wie soziokulturell angepasster Umgang mit Wasser, der einen möglichst geringen Aufwand an Ressourcen und Finanzmitteln erfordert. Nur so ließen sich auch die Wasserprobleme der armen Länder des Südens nachhaltig lösen.
Das Forum Umwelt & Entwicklung fordert die Staatengemeinschaft auf, eine naturverträgliche und gemeinwohlorientierte Umgestaltung des Wassersektors einzuleiten, und unterstützt die Wasser-Deklaration des Weltsozialforums von Porto Alegre im Februar 2002: Die Staatengemeinschaft muss Wasser als ein natürliches und soziales Gut anerkennen, das nicht für kommerzielle Zwecke missbraucht werden darf. Durch die Verabschiedung einer internationalen Wasserkonvention, die die Staaten zum Erhalt der aquatischen Umwelt verpflichtet sowie das Anrecht auf sauberes Trinkwasser als Menschenrecht und als Recht künftiger Generationen festschreibt, sollte das Nachhaltigkeitsprinzip rechtsverbindlich in der Weltwasserpolitik verankert werden. Insbesondere setzen wir uns für folgende wasserpolitische Massnahmen ein:

- Vereinbarung eines globalen Aktionsprogramms mit verbindlichen Zeit- und Finanzierungsplänen zum Erhalt der aquatischen Ökosysteme beziehungsweise zur Wiederherstellung eines guten ökologischen Zustandes der Gewässer und Feuchtgebiete. Verabschiedung weltweit gültiger Emissionsverbote für hochgradig ökotoxische Umweltchemikalien und konsequente Anwendung des Verursacherprinzips, etwa durch internationale Regelungen zur Produkthaftung.
- Sofortiger Stopp aller wasserwirtschaftlichen Großprojekte, die zu irreversiblen und tiefgreifenden Veränderungen im Naturhaushalt führen, und Prüfung aller wasserbaulichen Planungen, inwieweit sich die Belastungen der aquatischen Umwelt durch alternative, also regional angepasste, wassereffiziente und bedarfsgerechte Wassernutzungskonzepte minimieren lassen, gegebenenfalls Einstellung wasserintensiver Produktionsweisen in trockenen Regionen oder Rückbau von großtechnischen Einrichtungen.
- Finanzielle und administrative Förderung von lokal und soziokulturell angepassten Formen der Wassernutzung, die das örtliche Know-how einbinden und die Möglichkeiten zu Eigenleistungen erweitern. Reorganisation der nationalen und kommunalen Wasserverwaltungen, um die institutionellen Voraussetzungen für eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen zu schaffen, sowie Aufbau und Modernisierung gemeindlicher Selbstverwaltungsstrukturen zur Sicherstellung und Optimierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Verstärkte Beteiligung der lokalen Bevölkerung an wasserwirtschaftlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen sowie verbesserte Informations- und Bildungsarbeit für die Öffentlichkeit in allen Wasserfragen.
- Öffentliche Finanzierung von wasserrelevanten Maßnahmen nach dem Solidaritätsprinzip durch alle Wassernutzer und dem Kostendeckungsprinzip unter Einbeziehung der ökologischen und sozialen Folgekosten, die den Verursachern anzulasten sind. Beteiligung privaten Kapitals allenfalls als ergänzende Finanzierung durch ortsansässige Unternehmen. Beendigung der Privatisierungspolitik von Weltbank, Internationalem Währungsfond und Welthandelsorganisation.

Alle zivilgesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, sich gegen die fortschreitende Kommerzialisierung im Wassersektor einzusetzen und für eine Ökologisierung und Demokratisierung unseres Umgangs mit Wasser einzutreten.

5. Literaturhinweise und Websites zur Wasserpolitik

5.1 Literatur

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2001): Umweltpolitik – Wasserwirtschaft in Deutschland; Bonn.

BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (1999): Wasser – Konflikte lösen, Zukunft gestalten; Materialien; Bonn.

CSD – Commission on Sustainable Development (2001): Water – a key resource for sustainable development; hrsg. United Nations – Economic and Social Council; CSD acting as the preparatory committee for the World Summit on Sustainable Development, Organizational session 30 April - 2 May 2001; E/CN.17/2001/PC/17.

Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten": Schlussbericht; Deutscher Bundestag –14. Wahlperiode (2002); Drucksache 14/9200.

Hoering, Uwe (2001): Privatisierung im Wassersektor; hrsg. von WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e. V.; Bonn.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltänderungen (1997): Welt im Wandel – Wege zu einem nachhaltigen Umgang mit Süßwasser; Jahresgutachten 1997; Bremerhaven.

WCD – World Commission on Dams (2000): Dams and Development – A New Framework for Decision-Making; Earthscan, London.

5.1 Internet

- Eine der wichtigsten Informationsquellen ist die **Right-to-Water-Liste**. Anmeldung bei: listserve@iatp.org; Text: subscribe right-to-water
- Bei ***iatp*** wird auch die Liste für den Wasser-Caucus, der die NGO-Vorbereitungen für Johannesburg koordiniert, geführt. Anmeldung bei: listserv@iatp.org; Text: subscribe un-csd-freshwater
- Die **Weltbank** hat eine nicht uninteressante Website für Wasser mit weiterführenden Links: www.worldbank.org/water
- Sehr empfehlenswert ist der **Arbeitskreis Wasser im BBU**: www.ak-wasser.de Der BBU-Wasser-Rundbrief informiert etwa alle 14 Tage über das aktuelle Geschehen in den Bereichen Wasserwirtschaft, Gewässerschutz sowie aquatischer Naturschutz. Kontakt Nik Geiler: nik@akwasser.de
- Broschüren, Studien und Stellungnahmen des **Umweltbundesamts** können bestellt werden unter: www.umweltbundesamt.de/wasser
- Anfang Dezember fand in Bonn, ausgerichtet von BMU und BMZ, die **Internationale Süßwasserkonferenz** statt, mit zahlreichen Empfehlungen für Johannesburg: www.water-2001.de
- Zu **Staudämmen** und **Weltbankpolitik** im Wassersektor: www.irn.org
- Informationen über das **Netzwerk UNSER Wasser** und die **AG Wasser im Forum Umwelt & Entwicklung** sind zu finden bei *Die GRÜNE LIGA* – Bundeskontaktstelle Wasser www.grueneliga.de sowie unter www.forumue.de Kontakt Michael Bender: wasser@grueneliga.de

Unterzeichner der Kampagne:

Agenda 21 Stralsund / Allerweltsladen / Arbeitsgemeinschaft Alternativ Handeln / Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft / Arbeitskreis der Herneburger UmweltpädagogInnen / ASA Programm / autofrei leben! / Baobab Infoladen Eine Welt / Bundesverband für Umweltberatung / Bürgerstiftung zukunftsfähiges München / Christoffel-Blindenmission / Connecting Worlds / Die Umwelt- Akademie / Earthlink / Eine Welt Forum Siegen-Wittenstein / Energie gewinnt! / Förderkreis Umweltschutz in Unterfranken / Indienhilfe / Informationszentrum 3. Welt Minden / Initiative Solidarische Welt / Initiative 2000 plus / Institut für Interkulturelle Arbeit, Technik und Gesellschaft / Institut für Kirche und Gesellschaft / Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie / Katalyse / Kinderhilfswerk PLAN / Kirchenkreis Hersfeld Arbeits- und Koordinierungsstelle Praktische Schritte für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung / Klima-Bündnis-Agentur Nord / Naturfreundejugend Deutschlands / NaturwissenschaftlerInnen Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit / Nord-Süd-Forum Bremerhaven / Nord-Süd-Forum München / Offene Arbeit Erfurt / Ökumenischer Arbeitskreis Eine Welt Filderstadt / Ökumenische Gesellschaft / Pestizid-Aktions-Netzwerk Germany / Peter-Hesse-Stiftung – Solidarität in Partnerschaft für eine Welt / "Twende Pamoja" - Freundeskreis Tanzania / ufafabrik - Internationales Kulturcentrum / Umweltberatung Nordost / UnternehmensGrün / Urgewald / Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen / Verein zum Schutz der Bergwelt / Welt Ethik Forum / Weltfriedensdienst / Welthaus Bielefeld / World Vision Deutschland / Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung der Ev. Landeskirche in Württemberg / Zukunftsfähiges Bonn / Zukunftsrat Hamburg

Kontakt: Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10 · 53177 Bonn
Tel.: 02 28 - 35 97 04 · Fax: 02 28 - 92 39 93 56
E-Mail: info@forumue.de · www.forumue.de